

II - 588 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 315 N

1980 -01- 28

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. SCHÜSSEL, Vetter, Westreicher  
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend die Errichtung und Förderung von Feriendorfern  
in Grenzgebieten

Aus Zeitungsmeldungen, Rundfunkinterviews etc. konnte festgestellt werden, daß die Bundesregierung in Grenzlandgebieten Feriendorfer größten Ausmaßes zu errichten bzw. mit Förderungsmitteln mitzufinanzieren beabsichtigt. Diese Feriendorfer sollen vor allem im Waldviertel, im Mühlviertel und in der Oststeiermark errichtet werden. Speziell im Waldviertel sind laut Zeitungsmeldungen zwei 4000-Bettenprojekte geplant.

Die gefertigten Abgeordneten stellen fest, daß es grundsätzlich positiv zu bewerten ist, wenn für Entwicklungs- und speziell Grenzgebiete Förderungsmaßnahmen gesetzt werden. Allerdings müßten die betreffenden Projekte entsprechend geplant, finanziell abgesichert und auch volkswirtschaftlich vertretbar sein. Die oft widersprüchlichen Meldungen über die Details der beabsichtigten Projekte lassen jedoch diesbezüglich noch viele Fragen offen, zumal der Handelsminister in seiner Beantwortung Nr. 173/AB vom 19.12.1979 betreffend die Anfrage Nr. 184/3 bezüglich der Förderung der Schaffung neuer Beherbergungskapazitäten im großen Stil einbekennen mußte, daß besondere Unterlagen über die volkswirtschaftliche Bedeutung von Feriendorfern und die Vertretbarkeit des Einsatzes von öffentlichen Mitteln für derartige Projekte nicht vorliegen.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A N F R A G E :

- 1) Welche Regionen sind für diese Groß-Fremdenverkehrsvorhaben vorgesehen und um welche konkreten Projekte handelt es sich?
- 2) Sind Sie bereit, den anfragenden Abgeordneten allfällige Studien, die Grundlage dieser Projekte sind, zur Verfügung zu stellen?
- 3) In welcher Art und Höhe werden Finanzierungs- bzw. Förderungsmaßnahmen auf Bundesebene für diese Projekte in Aussicht gestellt?
- 4) Wie werden Sie sicherstellen, daß durch diese Projekte die Förderungsmittel für die zahlreichen Erneuerungs- und Verbesserungsvorhaben von Klein- und Mittelbetrieben der gewerblichen Wirtschaft keine Einbuße erfahren?
- 5) Steht bereits fest, in welcher Unternehmensform diese Projekte geführt werden sollen und wer die voraussichtlichen Gesellschafter sind?
- 6) Sind diese Feriendorfer oder Fremdenverkehrseinrichtungen derart projektiert, daß sie der Eigenart der Region und der dort bestehenden mittelbetrieblichen Wirtschaftsstruktur Rechnung tragen und nicht durch die geplante Größenordnung von 4000 bis 8000 Betten in Feriendorfern die landschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen eines Entwicklungsgebietes überfordern?

- 3 -

- 3 -

- 7) Ist im Sinne der wirtschaftlichen Stärkung der Grenzgebiete gewährleistet, daß
- die ortsansässige Bevölkerung im allgemeinen und auf Dauer (Ferienwohnungen werden bekanntlich mit einem Minimum an Personal geführt) und
  - die mittelständische Wirtschaft in der Region im speziellen aus diesen Projekten Nutzen ziehen werden?
- 8) Ist mit der politischen Vertretung der in Frage kommenden Bundesländer und Gemeinden, sowie der Interessensvertretung der gewerblichen Wirtschaft Kontakt aufgenommen und das Einvernehmen hergestellt worden bzw. ist dies noch beabsichtigt?
- 9) Angesichts der ständig fallenden Auslastungsziffern in der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft und der betriebswirtschaftlich ausschlaggebenden Bedeutung der Belegung von Ferienprojekten stellen die unterzeichneten Abgeordneten die Frage, ob diese geplanten Feriendorfer, wie in der Presse angekündigt, teilweise oder gar zur Gänze mit Schichtarbeiter-"Kontingenzen" der Sozialversicherungsträger gefüllt werden sollen, was letzten Endes bedeuten würde, daß die Vorhaben nur durch eine Serie von dirigistischen Maßnahmen realisiert werden können?
- 10) Wenn ja, sollen diese Belegungen aus den Mitteln der Sozialversicherungsträger finanziert werden?
- 11) Wurden darüber bereits mit den Sozialversicherungsträgern Verhandlungen geführt und welches Ergebnis brachten diese?